

1 Die Vereinigten Staaten von Europa – 2 unsere Verantwortung, unsere Zukunft

3 4 Europa – unsere Verantwortung, unsere Zukunft

5
6 Unser gemeinsames Europa ist seit dem 2. Weltkrieg der Garant für ein friedliches
7 Zusammenleben der europäischen Völkerfamilie. Es hat den Bürgerinnen und Bürgern
8 die längste Friedensphase seiner Geschichte geschenkt und darüber hinaus auch
9 gemeinsamen Wohlstand sowie Demokratie zur Selbstverständlichkeit werden lassen.
10 Dieser Kontinent ist in weiten Teilen ein Hort für Toleranz, kulturelle Vielfalt,
11 Chancengerechtigkeit und individuelle Freiheit geworden. Diese Errungenschaften
12 sollten nicht vergessen werden. Sie sind es wert immer wieder erwähnt und wiederholt
13 zu werden.

14
15 Jedoch erleben die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union (EU) zurzeit eine
16 Periode der Veränderungen, die an den Grundfesten unserer Gesellschaft rüttelt und
17 zehrt. Sie sehen sich einer immer seltener positiven Berichterstattung gegenüber, die
18 das Europabild vieler Menschen in allen Winkeln der Europäischen Union prägen. Vor
19 allem die junge Generation Europas kennt diesen Kontinent als ein in permanenter Krise
20 verharrenden Kontinent, mit seinen Europäischen Institutionen, die uns
21 handlungsunfähig in ihrer derzeitigen Konstruktion erscheinen. Sie sehen sich
22 zunehmend mit einer neuen Weltordnung, in der zunehmend Brasilien, Russland, Indien
23 und China (BRIC-Staaten) an Bedeutung gewinnen, mit der Zuwendung der USA hin
24 zum pazifischen Raum, mit einer exorbitant hohen Jugendarbeitslosigkeit und
25 Verarmung in den südlichen Mitgliedsstaaten der gemeinsamen Union konfrontiert.
26 Gleichzeitig erleben wir die Renaissance der europäischen Rechten.

27
28 In der europäischen Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten herrscht keine Einigkeit über
29 eine gemeinsame Lösungsstrategie. Es gibt keinen Konsens für eine Bewältigung der
30 Vertrauens-, Banken-, Wirtschafts-, Staatsschulden- und Jugendarbeitslosigkeitskrise. Es
31 gibt keine gemeinsame Linie, ob Europa ein föderaler Bundesstaat werden soll, also eine
32 Art der „Vereinigten Staaten von Europa“, oder ein loser Völkerbund mit gemeinsamem
33 Binnenmarkt. Es gibt keine gemeinsame Position, ob in Zeiten der Krisen unseres
34 Kontinents zuerst eine tiefere Integration stattfinden soll, oder wir weiterhin die EU um
35 den einen oder anderen Mitgliedsstaat erweitert werden soll.

36
37 Wir leben auf einem Kontinent mit 46 Staaten, darunter nun 28 Staaten, die der
38 Europäischen Union angehören. Ein Kontinent mit 740 Millionen Menschen, von denen
39 506 Millionen Menschen freie Bürger der Europäischen Union sind. Die EU ist der größte
40 Wirtschaftsraum der Welt, größer als die USA, China, Indien, Russland und Brasilien. Ein
41 schlafender, geradezu eingeschläferter Riese in der Mitte der Welt.

42
43 Die europäische Völkerfamilie, die 506 Millionen Menschen in der Europäischen Union,
44 die europäische Idee hat mehr verdient! Europa steht mehr denn je in der Krise am
45 vielbeschworenem Scheideweg: Gehen wir den Weg der Renationalisierung oder
46 erwacht der schlafende Riese und steuern wir damit auf ein „mehr wir“ zu?

47

48 Durch konservative, nationalistische und linksradikale Kräfte ist Europa zu einer Bühne
49 der Profilierung und des Populismus, im Hinblick auf Wählerfang in Deutschland,
50 verkommen. Nationale Ressentiments, Angst über Armutseinwanderung nach
51 Deutschland oder die Verachtung für die Inkompetenz der EU-Bürokraten werden
52 geschürt. Die Union wird auf eine rein ökonomische Größe reduziert.

53

54 Für uns ist Europa mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt oder eine gemeinsame
55 Währung. Wir wollen ein Europa der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Ein
56 offenes, soziales, demokratisches und handlungsfähiges Europa, das den Menschen in
57 den Mittelpunkt stellt. Europa, die Europäische Union ist ein Zivilisationsprojekt, das es
58 weiterzuentwickeln und zu beschützen gilt, von innen wie von außen.

59

60 Europa braucht eine wahre Investitionsoffensive gegen die Krise, eine Umstrukturierung
61 der Institutionen mit einem starken Parlament, es braucht eine europäische
62 Öffentlichkeit, mehr Rechtsstaatlichkeit, eine Flüchtlingspolitik, für die man sich nicht
63 schämen muss und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir sollten nicht
64 nur gemeinsam Exportweltmeister sein, sondern auch Forschungsweltmeister. Wir
65 sollten ein Ort sein, in der die Pressefreiheit und die Freiheit der Bürger unabdingbar
66 sind und Länder wie Ungarn oder Rumänien zur Raison gerufen werden und die
67 informationelle Selbstbestimmung auch gegen die USA oder Großbritannien geschützt
68 werden. Wir brauchen keine Innenminister, die durch die Hintertür die Reisefreiheit
69 wieder abschaffen wollen, um gegen „Kriminelle“ vorgehen zu können, sondern einen
70 noch stärkeren Austausch

71

72 Wir Sozialdemokraten müssen wieder die Idee der Vereinigten Staaten von Europa offen
73 kommunizieren. Nur wenn wir Europäer uns als eine Völkergemeinschaft mit einem
74 Europäischen Pass, einer gemeinsamen, von uns Bürgern gewählten und legitimierten
75 Regierung sowie als eine gemeinsame Wertegemeinschaft verstehen, hat dieser
76 Kontinent eine Zukunft in einer globalisierten Welt.

77

78 **Ein neues Europa**

79

80 Neben der ökonomischen und der politischen erleben wir heute auch eine „Wertekrise“
81 innerhalb der europäischen Union. Wir erleben einen Rückfall in nationalstaatliche
82 Sichtweisen. Zwischen den Institutionen der Europäischen Union und den Bürgerinnen
83 und Bürgern gibt es nach wie vor eine große Kluft. Die aus der europäischen Idee
84 geschaffenen Institutionen der Europäischen Union werden mittlerweile verwechselt
85 mit der europäischen Idee selbst.

86

87 In der institutionellen Ausgestaltung der Europäischen Union zeigen sich deutliche
88 Schwächen. Es mangelt an Demokratie und Transparenz. Da sich die
89 Entscheidungsfindung in der EU aufgrund der steigenden Anzahl von Mitgliedsstaaten
90 immer schwieriger gestaltet, werden wichtige Entscheidungen verträgt oder schwache
91 Kompromisse ausgehandelt. Die nationalstaatlichen Regierungen gehen dazu über
92 zwischenstaatliche Verträge zu schließen und damit die europäischen Institutionen
93 weiter zu schwächen. Für die Bürgerinnen und Bürgern ist häufig nicht nachvollziehbar,
94 welche Entscheidungen von wem gefällt werden.

95

96 Unsere Idee von Europa ist klar – Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Dies
97 soll die Leitlinie unserer europäischen Politik sein. Deshalb fordern wir:

98

99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120

- dass die Integration Vorrang hat vor der Erweiterung der EU. Grundsätzlich wollen wir, dass jedes demokratische Land, welches die unveräußerlichen Rechte der Menschen wahrt, ernsthafte Verhandlungen mit der EU über eine Aufnahme führen kann.
- die Überarbeitung der Verträge der Europäischen Union und die Vorbereitung einer europäischen Verfassung, die durch Volksentscheid in jedem Mitgliedsstaat zur Abstimmung zu stellen ist.
- die Umgestaltung sowie Verkleinerung der Europäischen Kommission zu einer europäischen Regierung, die von den in dem europäischen Parlament vertretenen Parteien gewählt wird. Damit wird sichergestellt, dass sich die Konfliktlinien in der EU zukünftig entlang der Parteien und nicht an der Staatszugehörigkeit der Entscheidungsträger bilden.
- ein Zwei-Kammer-System, in dem Vertreter der Mitgliedsstaaten die Länderkammer stellen. Einen Ministerrat, wie er derzeit besteht, wird es dann nicht mehr geben. Bis es soweit ist, fordern wir die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit für alle Politikbereiche im Ministerrat. So soll verhindert werden, dass einzelne Mitgliedsstaaten die europäische Entscheidungsfindung blockieren.
- das volle Gesetzgebungs- und Kontrollrecht sowie das volle Budgetrecht für das Europäische Parlament.
- eine eigene Steuer oder einen eigenen Anteil auf eine Steuer in den Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene, über deren Einnahmen, das Parlament vollkommen frei entscheiden kann.

121
122
123
124
125

Mehr Demokratie in Europa, bedeutet auch, dass sich die Parteienfamilien zu echten Parteien zusammen finden müssen. Die Europäischen Parteien sollen dementsprechend transnationale Listen aufstellen und mit einer europäischen Spitzenkandidatin oder einem europäischen Spitzenkandidaten in den Wahlkampf ziehen. Wir wollen:

126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138

- dass bei allen Wahlen und Volksabstimmungen auf nationaler und europäischer Ebene die Unionsbürgerinnen und Bürger in dem Mitgliedsstaaten, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, wählen dürfen.
- keine Einschränkungen der Reisefreiheit im Schengen-Raum.
- einen europäischen Pass für die Menschen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.
- die Gründung europäischer Medienanstalten.
- die weitere und verstärkte Unterstützung von Initiativen zur Förderung der europäischen Idee.
- die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der EU muss bewahrt und unterstützt werden. Gleichwohl fänden wir es wünschenswert, wenn innerhalb der EU verpflichtend Englisch als zweite Fremdsprache gelehrt werden würde.

139
140

„In Vielfalt geeint“ – dieser Wahlspruch stellt die Stärke unseres Kontinents dar.

141
142

Europas Verantwortung in der Welt

143
144
145
146
147
148
149

Der Horizont der Europäischen Union darf nicht an seinen Außengrenzen enden. Aus der Geschichte erwächst der EU eine besondere Verantwortung, Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit zu fördern. Die EU ist ein beispielgebendes Friedensprojekt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten besitzen eine große Expertise im Bereich des zivilen Friedensaufbaus. Diese Expertise muss sie in anderen Regionen auf der Welt einbringen. Die europäische und insbesondere die deutsche Geschichte bringen eine besondere Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt mit sich.

150
151
152
153
154
155
156
157

- Wir streben eine europäische Außenpolitik mit einer Stimme an. Dies beinhaltet auch die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Armee.
- Um vor der internationalen Gemeinschaft mit einer Stimme sprechen zu können, fordern wir zudem einen gemeinsamen Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat.
- Wir wollen eine wertegeleitete Außenpolitik, die auch Missstände bei Menschenrechten anspricht.

158 **Flüchtlingspolitik**

159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174

2012 wurden in den 27 EU-Staaten 335 380 Asylanträge eingereicht. Dies stellt eine Zunahme von 10,6% gegenüber dem Jahr 2011 (303.105 Asylanträge) dar. Damit wurde laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der höchste Wert seit dem Jahr 2002 erreicht. Zwar gab es auch in Deutschland dementsprechend Zuwächse von Asylanträgen in absoluten Zahlen, jedoch liegt der Anteil der Asylantragssteller pro 1.000 Einwohner bei 0,9 Antragsstellern pro Kopf. Im europaweiten Vergleich liegt Deutschland damit im Ranking auf Platz 11 und damit lediglich 0,2 Antragssteller über dem Durchschnitt. Malta dagegen als deutlich kleineres und wirtschaftlich schwächeres Land als Deutschland trägt – pro Kopf betrachtet – die größte Last in Europa. Auf jeweils 1.000 Einwohner entfallen 5,0 Antragsteller. Schweden hat kürzlich als erstes EU-Land verkündet, allen syrischen Flüchtlingen ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht zu gewähren. Damit hat Schweden eine unbürokratische, schnelle und humane Lösung für die aus dem Bürgerkriegsgebiet geflohenen Männer, Frauen und Kinder gefunden. Gerade Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land hätte hier als Vorreiter vorangehen sollen.

175
176
177
178

Dafür ist es nun zu spät, jedoch sollten wir jetzt dem menschlichen Beispiel Schwedens folgen und die Signalwirkung eines Kurswechsels in der Flüchtlingspolitik nicht unterschätzen.

179
180
181
182
183

Denn Verantwortung für die Menschenrechte zu übernehmen, heißt auch Vorbild in der Flüchtlingspolitik zu sein. Das Motto lautet: kein Mensch ist illegal. Menschen, die Schutz suchen, müssen in Europa aufgenommen werden und dürfen nicht an den europäischen Außengrenzen abgewiesen werden.

184
185

Deshalb treten wir für folgende Punkte ein:

186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201

- Es gilt der Grundsatz, kein Flüchtling darf zurückgewiesen werden, bevor nicht der Flüchtlingsstatus geklärt ist.
- In der Praxis muss jeder Flüchtling Zugang zu einem Asylverfahren erhalten, die Genfer Flüchtlingskonvention gilt auch auf hoher See. Die Grenzschutzagentur Frontex gerät immer wieder in die Kritik. Insbesondere die Einbeziehung von EU-Anrainern in die Abwehr von Flüchtlingen durch Frontex ist sofort zu beenden. Längerfristig muss Frontex in ein neues, humanes System der Flüchtlingspolitik übergehen.
- Jedem in Seenot geratenem Schiff muss geholfen werden können ohne sofort unter italienischem Strafrecht zu stehen.
- Für die Gewahrsamnahme fordern wir klare Begrifflichkeit und bestimmte Rechtsbegriffe, um den Ermessensspielraum deutlich zu reduzieren. Darüber hinaus bedarf es vermehrt europäische Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge.
- Eine Neuausrichtung der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU ist dringend notwendig. Die Drittstaatenregelung muss durch einen festen Verteilungsschlüssel nach

202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255

deutschem Vorbild ersetzt werden, damit die Länder am Rande der Europäischen Union nicht alleine gelassen werden. Das Dublin-System muss überarbeitet werden.

- Daran anknüpfend sollte jeder Mitgliedstaat Gebrauch von seinem Selbsteintrittsrecht machen, um eine vernünftigeren Verteilung zu ermöglichen.
- Die Abschaffung des Arbeitsverbots und die Veränderung der Residenzpflicht sind wichtige Schritte, um auch für Flüchtlinge die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- Wir fordern ein stärkeres humanitäres Engagement der Europäischen Union. Flüchtlingshilfswerke, wie das UNHCR sollen stärker finanziell unterstützt werden. Zudem ist es notwendig, dass Staaten, die in unmittelbarer Nähe zu Konfliktherden Flüchtlingslager schaffen, stärker finanziell und personell unterstützt werden. Diesbezüglich soll die Europäische Union einen Fond zur Unterstützung von Flüchtlingshilfe einrichten. Gleichzeitig muss die EU Mittel und Wege finden insbesondere in Krisengebieten Menschen zu ermöglichen so gefahrlos wie möglich Krieg, Gewalt, Unterdrückung und Verfolgung zu entkommen.

Niemand verlässt grundlos seine Heimat. Flüchtlingen helfen heißt jedoch in erster Linie Fluchtursachen zu bekämpfen. Europa muss Flüchtlingen in deren Heimat Gefahr für ihr Leib und Leben droht, Schutz bieten. Wir wollen auf Augenhöhe eine fruchtbare Kooperation für alle Beteiligten für eine langfristige Vision der wirtschaftlichen Stabilität, sozialer Grundsicherung und politischer Freiheit für alle Menschen inner- und außerhalb Europas. Erste Schritte könnten dafür sein, die Subventionen für Exporte von Lebensmitteln restlos zu streichen und Entwicklungsländern nach Einzelprüfung Schulden zu erlassen.

Wirtschaftliche Stabilität

Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten sich die europäischen Akteure nicht auf eine gemeinsame einheitliche und nachhaltige Politik für die europäische Union und insbesondere für die Euro-Zone einigen. Die Austeritätspolitik der letzten Jahre haben nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Krise in den südlichen Staaten geführt. Eine Staatsschulden- und Wirtschaftskrise, die durch die Bankenkrise erst ausgelöst wurden, müssen verstärkt mit einem Investitionsprogramm, einer stärkeren Regulierung von Banken und mehr größerer Verteilungsgerechtigkeit bekämpft werden. Die Sozialdemokratie lehrt uns, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben kann.

- Wir setzen uns daher für ein strengeres Aktienrecht nach dem Vorbild des neuen durch Volksabstimmung verabschiedeten Gesetzes in der Schweiz ein.
- Die Mitgliedsstaaten müssen die Bankenunion und vor allem die europäische Bankenaufsicht vorantreiben und mit weitgehenden Kompetenzen ausstatten.
- Es müssen Wege gefunden werden, zur Kapitalisierung von Banken zunächst die Aktionäre und Gläubiger der Bank heranzuziehen. Dabei muss ein Schutz der Kleinsparner sichergestellt werden. Als zusätzliche Absicherung fordern wir einen von den Banken selbst gespeisten Fonds zur Stützung angeschlagener Institute. Erst im letzten Schritt darf es die Möglichkeit staatlicher Hilfen geben. Zudem soll der Mindestreservesatz der Banken in der EU erhöht werden. Sollten staatliche Hilfen notwendig werden, so sollten diese über einen europäischen Fonds (z.B. ESM) geleistet werden, um einzelne Staaten vor der Überschuldung zu bewahren.
- Die Umsetzung der aktuell beschlossenen Regulierungsmaßnahmen der Finanzmärkte muss umgesetzt werden, wie beispielsweise das Verbot ungedeckter Leerverkäufe.
- Die Finanztransaktionssteuer muss umgehend umgesetzt werden, um einen Beitrag an den entstandenen Schäden der Bankenkrise zu leisten.

256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308

- Für die öffentliche Grundversorgung in Europa muss es regionale Mindeststandards geben. Das zunehmende Voranschreiten der Privatisierungen in der öffentlichen Grundversorgung in allen europäischen Mitgliedsstaaten muss ein Ende haben.
- die Möglichkeit der Haftung für nachweislich falsche, oder aber auch Spekulationen auslösende und schädliche Bewertungen von privaten Rating Agenturen muss durchgesetzt werden. Zudem befürworten wir die Schaffung einer europäischen und öffentlich-rechtlichen Rating-Agentur. Diese muss jedoch politisch unabhängig operieren.
- Die Harmonisierung der Steuersysteme in Bezug auf direkte Steuern muss weiterhin versucht werden. Steuerdumping darf nicht zu dem Geschäftsmodell einzelner Staaten werden. Wir schlagen vor, dass Mindest- und Höchststeuersätze verbindlich eingeführt werden, in denen sich die nationale Steuergesetzgebung bewegen darf.
- Wir fordern einen Austausch sämtlicher Bankdaten zwischen den Mitgliedsstaaten, zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Dafür muss es auch einen europäischen Vertrag gegen Steuerhinterziehung mit der Schweiz und anderen Staaten geben.

Durch die momentane Krise erkennen wir, dass neben einer wirtschaftlichen Union, auch eine politische Union von Nöten ist. Deutschland und andere wirtschaftlich stabile Staaten haben eine Verantwortung für das europäische Projekt. Als einer der stärksten Profiteure der Eurozone und des Binnenmarkts müssen wir uns solidarisch mit unseren Nachbarn in anderen Ländern zeigen. Die Belastung der Staatshaushalte durch absurd hohe Zinsen muss gelöst werden. Die Untätigkeit der europäischen Regierungen hat zudem dazu geführt, dass wir faktisch eine Vergemeinschaftung der Schulden in der Eurozone haben. Durch den Aufkauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank haften alle Länder der Eurozone für etwaige Ausfälle, ohne das es für dieses Vorgehen eine transparente sowie demokratische Entscheidung gegeben hätte. Daher schlagen wir vor:

- einen Altschuldentilgungsfonds ab 60 Prozent Verschuldung am Bruttoinlandsprodukt einzuführen, um direkt die hohe Belastung durch Zinszahlungen zu verringern.
- die schrittweise und mittelfristige Einführung von gemeinsamen Staatsanleihen in der Eurozone. Voraussetzung hierfür muss eine im Gegenzug verstärkte Haushaltskontrolle sein.
- Schuldenschnitte für Euro-Länder, deren Schuldentragfähigkeit nicht mehr gegeben ist, nicht kategorisch auszuschließen.

Arbeit und Soziales

Verschiedene Soziale Mindeststandards in den Mitgliedsstaaten dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen und zu einem destruktivem „Race to the bottom“-Prinzip, welches wir momentan in der Europäischen Union erleben. Berechtigte Einschränkungen des Binnenmarkts durch Arbeits- und Sozialrechtsgesetzgebung müssen möglich sein. Uns geht es vielmehr darum in ganz Europa die Mindeststandards im mittelfristigen Zeitraum zu erhöhen und anzugleichen.

- Die Stärkung der Gewerkschaften und der betrieblichen Mitbestimmung in allen europäischen Mitgliedsländern muss unser oberstes Ziel sein. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss auf europäischer Ebene verankert sein, damit es keinen Wettbewerb um die niedrigsten Partizipationsmöglichkeiten gibt.
- Die Förderung von grenzüberschreitenden Räten, die durch die Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitgebern gebildet werden sollen, kann eine Angleichung der Betriebsbedingungen und der betrieblichen Organisation in unterschiedlichen Grenzregionen ermöglichen.

309

310 **Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Zukunft ermöglichen**

311

312 „Not frisst Demokratie“ – dieser Satz mahnt uns, die hohe Arbeitslosenquote in den
313 Europäischen Ländern sehr ernst zu nehmen. Die bestausgebildetste Generation findet
314 in ihren Heimatländern keine bezahlte Arbeit. In Griechenland, Spanien und Kroatien
315 liegt sie bei Jugendlichen bei über 50 Prozent. In neun weiteren Ländern zwischen 25
316 und 50 Prozent. Die durchschnittliche Jugendarbeitslosenquote in der Eurozone liegt
317 bei 24,4 Prozent. Oberste Priorität der europäischen Krisenpolitik muss deshalb die
318 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sein. Daher fordern wir:

319

- 320 • eine Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit in allen möglichen Bereichen, die
321 ausreichend finanziert ist. 6 Milliarden Euro für die gesamte Eurozone über mehrere
322 Jahre sind nicht einmal der Tropfen auf dem heißen Stein. Es braucht eine auf die
323 jeweiligen Länder angepasste Investitionsoffensive.
- 324 • dass die Jobgarantie auch für Menschen unter 30 Jahre gilt und nicht nur bis 25. Viele
325 beenden ihr Studium erst in diesem Altersabschnitt. Jedem sollte spätestens nach 2
326 Monaten Arbeitslosigkeit oder nach dem Verlassen der Schule eine Arbeit, eine
327 Weiterbildung/Ausbildung oder ein Praktikum angeboten werden. Bei Menschen mit
328 abgeschlossener Berufsbildung (sei dies durch eine Ausbildung oder einen Studium)
329 muss sichergestellt werden, dass diese vor allem Berufsangebote erhalten und die
330 Praktika bezahlt werden.
- 331 • als kurzfristige Regelung eine aktive Vermittlung von temporären Auslandsaufenthalten
332 im Rahmen der Jobgarantie, um sich weiter qualifizieren zu können und nicht nur
333 Auslandserfahrung, sondern auch Arbeitserfahrung mitbringen zu können. Dies kann im
334 Rahmen der europäischen Programme stattfinden, wie zum Beispiel dem Europäischen
335 Freiwilligendienst, oder über Vermittlung von bezahlten Praktika und Jobs.
- 336 • Wir lehnen die Streichung der europäischen Mittel für Austauschprogramme, wie zum
337 Beispiel das Erasmus und DaVinci- Programm ab. Im Austausch mit anderen
338 Mitgliedsstaaten und deren Bürgerinnen und Bürgern wird die europäische Idee gelebt.
- 339 • Europa leben, heißt unterschiedliche Kulturen kennen und schätzen zu können. Dies
340 kann nur im Austausch funktionieren. Deshalb fordern wir einen Ausbau des Leonardo
341 da Vinci-Programms. Eine Zusammenlegung sämtlicher Austauschprogramme lehnen
342 wir ab.
- 343 • einen Jugendpolitik-TÜV, der die Auswirkungen von Gesetzen auf die Menschen bis 30
344 untersucht und Vorschläge erarbeitet zur Förderung dieser Generation.
- 345 • einen Dialog zwischen der deutscher Politik und deutschen Unternehmen, die
346 Erfahrungen mit dualer Ausbildung haben und im europäischen Ausland Betriebe haben,
347 damit diese Unternehmen sich verpflichten die duale Ausbildung in den Krisenländern
348 mittel- und langfristig anzubieten sowie zu etablieren. Dafür muss es Seitens
349 Deutschlands oder aber auch der EU Förderprogramme geben.
- 350 • eine europäische Startup-Initiative mit Einbeziehung von privaten Investoren für junge
351 Menschen, die sich selbstständig machen wollen und eine Geschäftsidee haben.

352

353 **Energie- und Umweltpolitik in Europa**

354

355 Umwelt-und Energiepolitik lassen sich im großen Rahmen nur europäisch gestalten.
356 Wenn es um die Versorgungssicherheit der Industrie, oder aber auch um die
357 Reduzierung der CO₂ Werte geht, müssen die Staaten auf europäischer Ebene
358 zusammen arbeiten. Eine gemeinsame Strategie was den Ausbau erneuerbarer Energien
359 und der Reduzierung von Umweltschäden betrifft, ist unabdingbar, damit nachfolgende
360 Generationen weiterhin auf diesem Kontinent gut leben können. Deshalb fordern wir:

361

362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382

- einen verbindlichen Energiefahrplan, der Europa zu einer Vorreiterrolle im Bereich effizienter und grüner Energiegewinnung machen soll. Auch die Dezentralisierung der innereuropäischen Energieherstellung muss gefördert werden.
- die Sicherstellung der Versorgungssicherheit durch das Ersetzen von Treibstoffimporten durch erneuerbare Energien und die Diversifizierung der Importquellen von fossilen Rohstoffen.
- die Förderungen von erneuerbaren Energien Projekten in Südeuropa, auch als Projekt im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.
- das Verbot der Herstellung von Biokraftstoffen aus Nahrungs- bzw. Futtermitteln. Die Nahrungsmittelknappheit in den exportierenden Ländern außerhalb Europas darf nicht durch die Verbrennung von Nahrungsmitteln in Europa angetrieben werden. Alternativen wie Kraftstoffe aus Algen gibt es bereits, diese gilt es zu fördern.
- keine Subventionierung von Atomenergie in der Europäischen Union. Diese Subventionen sollen alternativ zur Förderung regenerativer Energiegewinnung benutzt werden. Darüber hinaus lehnen wir den Neubau von Atomkraftwerken grundsätzlich ab.

383 **Der europäischen Rechten und der Europaskepsis begegnen**

384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414

Die Europäische Union erhebt den Anspruch auch eine Wertegemeinschaft zu sein. Europaweit und in manchen Ländern besonders sind jedoch Absetzbewegungen spürbar, sowohl von Europa als Gemeinschaft als auch von ihren gemeinsamen Werten. Wir wollen ein Europa, in dem Grund- und Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern gelebt werden. Ein Europa, deren Mitgliedstaaten zusammenhalten und sich als Teil einer Gemeinschaft verstehen. Ein Leben ohne Angst und Diskriminierung muss in Europa für alle Menschen möglich werden.

- Wir fordern mehr polizeiliche Schulungen, mehr Hilfsangebote für Betroffene, eine wirksame Bekämpfung von Hasskriminalität und vor allem ein Umdenken in unserer Gesellschaft.
- Wir verurteilen politische Entwicklungen wie in Ungarn unter der Regierung und fordern die EU auf, hier deutlicher in ihrem Handeln zu werden. Wenn Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten werden, darf der Rest Europas nicht wort- und tatenlos zusehen.
- Trotz politischer Verhandlungen und Gespräche hat sich gezeigt, dass die ungarische Regierung von der Aushöhlung des Rechtsstaats nicht ablässt. Deshalb unterstützen wir die Forderungen nach einem Verfahren gegen Ungarn wegen Verstoßes gegen die Grundwerte der Union.
- Generell erhoffen wir uns durch die gezielte Unterstützung von demokratischen Stiftungen und Organisationen eine Stärkung der Demokratie vor Ort und ein mehr an politischer Bildung.
- Auch die Entwicklungen in Großbritannien beobachten wir mit Sorge. Dort werden populistische Forderungen gegen das Europäische Projekt genutzt um sich parteipolitisch zu profilieren. Ein solches Verhalten der Regierung unter David Cameron lehnen wir ab. Yes or No - Großbritannien muss sich entscheiden. Beide Seiten, die EU und Großbritannien, müssen sich darüber im Klaren werden, ob die momentane Sonderrolle Großbritanniens in der EU langfristig tragbar ist.
- Wir wünschen uns ein deutliches Bekenntnis Großbritanniens zu Europäischen Union und damit auch zu einer Vollmitgliedschaft in der EU.

415

416

Hamburg – ein europäischer Weg

417

418

419

420

421

Als alte Hansestadt mit seinem großen Hafen ist Hamburg schon seit Jahrhunderten in Deutschland das Tor zu Welt. Der interkulturelle Austausch, sowie eine einzigartige Willkommenskultur haben hier Tradition. Diese gilt es zu bewahren und auszubauen, um vor Ort in Hamburg mehr Europa zu schaffen.

422

423

424

425

426

427

428

429

430

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

- Wir wollen, dass Schüleraustauschprogramme zukünftig direkt durch die Europäische Union und stärker durch die Stadt Hamburg finanziell gefördert werden. Politische Bildung ist ein Schlüssel zur Schaffung und Stärkung eines europäischen Bewusstseins.
- Wir fordern den Hamburger Senat und die Bürgerschaft auf, dass Schülerinnen und Schüler kostenlos die Volkshochschulen besuchen können, um ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und um neue, nicht in der jeweiligen Schule angebotenen Sprachen erlernen zu können.
- Die Ausweitung von Fremdsprachen an Schulen und Universitäten muss eine hohe Priorität für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik des Senats haben. Ein Umbau der Schulen und Studiengänge zu dualsprachigen Schulen und Studiengängen soll das Ziel sein. Deshalb schlagen wir vor, dass durch Pilotprojekte in Schulen angefangen wird, Unterrichtsfächer, wie zum Beispiel Geschichte oder Geographie in anderen europäischen Sprachen angeboten werden.
- Der Senat soll sich zusammen mit Hamburger Unternehmen dafür einsetzen, dass in den südlichen Mitgliedsstaaten Förderprogramme für Unternehmen mit dualer Ausbildung aufgelegt werden.
- Hamburg muss sich außerdem für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse verstärkt einsetzen. Eine Regelung, in der die Überprüfung der jeweiligen Kompetenzen nach deutschen Bildungsstandards durch theoretische und praktische Tests durchgeführt wird, begrüßen wir.